

25. III. 1916

Gebühren-Erhöhung und Zeitungen.

Der „Zeitungs-Verlag“, das Organ des Vereins deutscher Zeitungs-Verleger, lenkt mit Recht die Aufmerksamkeit auf die große Bedeutung der erhöhten Verkehrssteuern für die Presse. Während die Presse in anderen Ländern für ihren öffentlichen Dienst mancherlei Vergünstigungen genießt und insbesondere ihre Drahtnachrichten zu erheblich niedrigeren Sätzen befördert werden, ist das in Deutschland nicht der Fall; hier zahlt die Presse volle Gebühren. Nun hat sich aber der Dienst der Presse in den letzten zehn Jahren vollständig umgestaltet: auch kleine Blätter sind darauf angewiesen, Drahtnachrichten zu beziehen, wodurch eine oft sehr fühlbare Belastung der Provinzpresse entsteht. Die großstädtischen Blätter erhalten das Nachrichten-Material, das die Zeitungen heute haben müssen, nicht nur meist schneller, sondern auch billiger als die Provinzpresse, die mit der so begünstigten Großstadt- und Provinzpresse den Wettbewerb bestehen soll. Diese Bedingungen werden nun zu Gunsten der Großstadt- und Provinzpresse noch weiter durch die neuen Steuervorlagen verschoben, wobei besonders die Erhöhung der Telephon- und Telegraphen-Gebühren für die Presse äußerst empfindlich ist. „Würde man — so meint der „Zeitungs-Verlag“ — einen Wettbewerb dafür ausschreiben, eine Besteuerung auszufüllen, die in dieser kritischen Zeit die Zeitungen so recht belasten und ihnen zugleich den Dienst für die Allgemeinheit und den Verkehr mit der Öffentlichkeit so leidig als möglich zu machen hätte, die hier gefundene Erhöhung der Abgaben im Post- und Telegraphen- und Fernsprechverkehr würde vor einem sachverständigen Prüfungsausschuß unbedingt den Preis erhalten.“

Das ist durchaus zutreffend. Die Erhöhung soll aber auch in einem Moment eingeführt werden, in dem es den Zeitungen ohnedies nicht leicht fällt, ihren Betrieb in den bisherigen Formen fortzuführen. Die zu erwartende Einschränkung, die durch die Gebühren-Erhöhung verstärkt werden müßte, würde die selbständige Provinzpresse in ihrer geistigen Eigenart herabdrücken und voraussichtlich auch die Stellung jener Berichterstatter beeinträchtigen, die jetzt für die kleine und mittlere Presse arbeiten. Der „Zeitungs-Verlag“ sagt hierüber:

„Viel schlimmer noch als die hauptstädtischen Blätter wird die mittlere und kleine Presse im Lande betroffen. Während die hauptstädtischen Blätter einen großen Teil der Depeschen, namentlich den umfangreichen Dienst der Telegraphen-Büros, entweder mit dem Ferndrucker oder im Druck vervielfältigt zugestellt bekommen, sind die Zeitungen im Lande auch für diesen Dienst zum großen Teil auf telegraphische und telephonische Mitteilungen angewiesen. Der umfassende Eigendienst aber, womit vor allem die größeren und mittleren Zeitungen im Lande sich wettbewerbsfähig erhalten, geht hauptsächlich durch das Telephon und den Telegraphen. Nicht mehr nur werden Nachrichten, seit zehn Jahren werden ganze Aufsätze telephonisch an die Zeitung hinübergegeben. Nur dadurch, daß die Zeitungen im Lande auf diesen Dienst so viel Mühe und Kosten verwandten, war es möglich, annähernd mit den hauptstädtischen Blättern Schritt zu halten, war es möglich, so schnell und ausführlich über amtliche und sonstige öffentliche Kundgebungen und über die Parlamente zu berichten. Die Entwicklung der Handelszeitung in den Tageszeitungen, die ausführlichen Berichte über die Börsen und Märkte, und vollends der Börsenschlußdienst wären gar nicht möglich ohne die kostspieligen Aufwendungen für telegraphische und telephonische Uebermittlung. Und nun sollen die Kosten dafür noch mehr gesteigert werden, und außerdem soll die deutsche Presse mit der Auslandspresse Schritt halten, die sich ihr gegenüber eines weit billigeren telegraphischen und telephonischen Dienstes erfreut. Auf eine Ermäßigung der Brechtelegraphen- und Fernsprechgebühren hat die deutsche Presse gehofft, als es überall im Auslande geschah, um auch ihrerseits leistungsfähig zu bleiben. Statt dessen steht sie jetzt vor der Ankündigung einer so horrenden Mehrbelastung, die geradezu als Betriebsstörung und Erschwerung wirkt.“

Die selbständige Provinzpresse stellt eines der idealen Bestandteile unseres Volkes dar. Der Reichstag wird sich der Pflicht nicht entziehen dürfen, die hier dargelegten Gesichtspunkte ernsthaft zu prüfen.